

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 22, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6458
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungskarte Nr. 3161

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Inhalt.

Ein Rückblick auf 1906 II. — Deutsche Arbeiterfürsorge. — Garun-
at Reich (Feuilleton) — Das Wahlprogramm der Sozialdemokratie.
— „Verlor die reinlichste Stadt der Welt.“ — Aus den Gemeinden. —
Aus den Stadtparlamenten. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus
weiterer Bewegung. — Kunstbau. — Eingegangene Schriften und
Bücher. — Briefkasten. — Anzeigen.

Ein Rückblick auf 1906.

II.

Wenn es für die Gemeindearbeiter noch eines Beweises
bedürft hätte, daß sie in allererster Linie kraft ihrer
Organisation eine Verbesserung ihrer Lebenslage erzielen
konnten, so ist das verfllossene Jahr in dieser Beziehung ganz
besonders lehrreich gewesen. Das müssen uns die in
voriger Nummer aufgeführten Arbeitskollektive bestätigen und
das ist denn auch überraschend schnell fast allerorts von den
Kollegen begriffen worden.

Wohl will es dem Kollegen, der sich in der Kleinagitation
abmüht, oftmals scheinen, als gehe es doch gar zu langsam
vorwärts und als brächte all unser Appell an die Öffentlich-
keit, unsere Aufdeckung zahlreicher Mißstände, unser energisches
Vorgehen wenig Abhilfe, weil wir noch so manchen untertänig
und desot schmarotzenden Kollegen in den städtischen Betrieben
haben, der sein eigenes Interesse mit Füßen tritt und durch
Ungehörigkeiten und dergleichen uns in den Rücken fällt.

Ein trübes Kapitel bilden in dieser Beziehung häufig noch
die Advanzierten, als da sind Vorarbeiter, Aufseher, Kon-
trollenre usw. Nicht selten schifanirt so ein Emporgekommener
seine Arbeitskollegen in der gemeinsten Weise.

Gehen wir aber diesen Dingen auf den Grund, so ist auch
hierin etwas Besseres eingetreten und es bedarf nur noch
des mannhaften, geschlossenen Auftretens aller Organisierten,
um solchen Elementen allmählich das Handwerk zu legen.
Freilich hängt auch viel vom „Zusammenschluß“ ab, denn die Brutalitäten
der unteren Vorgesetzten werden nicht selten in den höheren
Regionen der Kommunalverwaltung gern gesehen. Hier haben
wir also den Hebel gleichfalls anzufassen! Zowie einmal, das
Wort kann ruhig fallen, die Macht unseres Verbandes
in einer Stadt rekrutiert werden muß infolge unserer Stärke,
hat auch schon das gekennzeichnete „System“ einen Stoß erlitten.
Es hängt also alles von der Geschlossenheit und dem Solidaritäts-
bewußtsein unserer Kollegen ab, und auch hier haben wir eine
Reihe Beispiele aus dem Jahre 1906, die uns zu den schönsten
Doffnungen berechtigen.

Wir wollen eine Aufzählung unterlassen, aber jeder Kollege
möge einmal eine Requirade zurückblicken, er wird dann finden,
daß es trotz allem auch hierin vorwärts geht.

Freilich eine Hoffnung mancher Kollegen hat sich
nicht erfüllt, nämlich die, daß die Gemeinden aus eigener
Erkenntnis die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Ge-

meindarbeiter nach sozialen Gesichtspunkten allmählich
regeln würden. Ein oder zwei weiße Raben in Deutschland
ausgenommen, ertönt vielmehr in den Stadtgemeinden stärker
denn je der philitröse Angstschrei: „Die von der Organisation
geforderten Löhne würden den Ruin der Privatindustrie
bedeuten!“ „Sie würden die städtischen Arbeiter ungerech-
fertigterweise gegenüber den anderen Steuerzahlern bevor-
zugen“ usw.

Wie fadensteinig auch diese Gründe bei näherer Betrachtung
sind, die Zentrums-, liberale oder nationalliberale Stadt-
verordneten Mehrheit beruhigt immer wieder von neuem ihr
Gewissen mit diesen Phrasen und wir können nur dagegen
ankämpfen durch die Macht unserer Organisation.

Denn die „sozialen“ Gesichtspunkte imponieren den Herren
leider nicht. Auch nicht der Nachweis der Ueberjahrswirtschaft
vieler städtischen Industrien. Mit schmerzselndem Behagen
nimmt man wohl in diesen Tagen davon Kenntnis, daß der
Etat der Berliner Gaswerke über 7 Millionen Ueberjahrs ge-
bracht hat. In allen größeren Städten Deutschlands gilt es
nadaengerade als selbstverständlich, daß die städtische Veleuchtungs-
industrie, die Wasserwerke und mancher andere Betriebszweig
Ueberjahrs liefern müssen, damit der Gesamtetat balanzieren
kann. Dagegen wäre auch nichts einzuwenden, wenn nicht
ein gar zu schreiendes Mißverhältnis zwischen einge-
heimtem Gewinn und ausgezahltem Arbeitslohn bestände!
Glaubt man denn, die Arbeiter können nicht rechnen und lassen
sich bei ihren Forderungen immer wieder verstopfen, wo sie
doch genau sehen, daß eine Erfüllung ihrer Wünsche meist
ohne Schwierigkeiten vorgenommen werden könnte?

Es fehlt also in den Kommunen häufig an sozialer
Einsicht und wenn unsere Organisation nicht fortwährend
auf der Wacht stände, um den herrschenden Kommunalmajoritäten
das Gewissen zu schärfen, es würde noch viel trüber in dieser
Beziehung aussehen! Das haben sowohl die Gasarbeiter-
Konferenz als auch der Verbandstag in Mainz
allen denen zum Bewußtsein gebracht, die noch „hofften“, und
in diesem Sinne war hier der Markstein für die „neue Richtung“,
die ja manchem Stadtgewaltigen nicht passen mag, nichts desto
weniger aber in den Verhältnissen voll begründet ist.

Vor kurzem wunderte sich ein Stadtoberhaupt, daß wir
„fordern“ und nicht nur „wünschen“, aber es bleibt uns
keine Wahl und all unsere Erfahrungen weisen auf den Weg
geschlossenen und energischen Auftretens.
Auf diesem Wege sind wir im verfllossenen Jahr von 50 auf
70 Zitalien gekommen. Die Mitglieder und Auflageziffern sind
in ähnlicher Weise gestiegen und unsere Organisation ist durch
den Ausbau der Unterrichtungseinrichtungen fester gefügt denn je.
Eine erhöhte Agitation wird im neuen Jahr einleiten und
unsere frei getheilten Kollegen werden in ihrem neuen Amt
als Gauleiter usw. mit doppelter Kraft und verstärktem
Eifer all ihr Können in den Dienst der Organisation stellen.
Diese Blamfähigkeit wird uns in der Organisation noch rascher
vorwärts bringen und wenn auch nicht alle Früchte im neuen
Jahre reifen, wir können mit Ruhe den Dingen entgegensehen.
Nicht mit der lässigen oder platonischen Ruhe desjenigen,
der am Ziel seiner Wünsche angelangt ist — denn unser Pro-
gramm ist noch recht fern seiner Erfüllung — sondern mit der

Ruhe und Selbstsicherheit des Mannes und Kämpfers, der weiß, er wird sein Ziel erreichen, trotz des Geschreies seiner Feinde, trotz Demütis und Gefahren.

So ein Gemüts wollte die Gesetzgebung uns im verflochtenen Jahr bereiten durch den Entwurf betr. die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, ein Entwurf, der, wie jetzt feststeht, größtenteils dem russischen Original, teils auch der Zuchthausvorlage entnommen war. Möglich, daß auch dem neuen Reichstag ein ähnliches Attentat auf das Koalitionsrecht zugemutet wird. Wir bleiben auf der Wacht und werden alles tun, was einer friedlichen, gesetzmäßigen Entwicklung die Wege ebnet. Sollte aber in den Kreisen der Scharfmacher und in der Regierung die Meinung bestehen bleiben, daß wir milderer Rechts sind, so werden wir nicht ruhen und rasten, bis wir das Hindernis in der Betätigung unserer Solidarität beseitigt haben! Bereitsein ist hier alles!

In den nächsten Tagen wird ja ohnehin vieles entschieden und unsere Kollegen werden am 25. Januar, daran zweifeln wir nicht, eine richtige Antwort wissen auf all die Verischlechterungen durch Regierung und Reichstag. Eine Antwort auf die Lebensmittelverteuerung, den Kolonialanflug, die Verschleuderung der Steuergroschen für Meer und Marine, den Stillstand der Sozialpolitik und der Arbeitergesetzgebung; eine Antwort, die den Herren in die Ehrenringen und die ihnen die Entrechtungs- und Ausbeutungsgehalte benehmen muß für alle Zeiten! . . .

Können wir also mit dem Ergebnis unseres Rückblicks auf 1906 ganz zufrieden sein, so eröffnen sich im neuen Jahre mancherlei Perspektiven, die uns neue Fortschritte, neue Erfolge verheißen! Den ersten Erfolg erwarten wir auch für unsere Sache am 25. Januar!

Aber es verbleibt uns ein Stück Aufklärungs- und Werbearbeit im neuen Jahr. In Klein- wie Großstädten will es noch nicht überall tagen, und die „Gesinnungstüchtigkeit“ setzet wohl gar hier und da noch Triumphe. Das darf uns aber nicht irre machen an unserer Aufgabe. Seien wir eingedenk der Worte Leopold Jacobys und rufen wir auch im neuen Jahr den Indifferenten zu:

Du bist ein Mensch!
Läß dich nicht schänden!
Du sollst dich nicht treten lassen.
Du sollst dich nicht unterdrücken lassen.
Du sollst dich nicht auslaugen lassen.
Du sollst den Sklavensinn von dir tun.
Du sollst die Anrechtlosigkeit von dir tun.
Du sollst dich nicht bücken vor einem lebendigen Menschen,
denn er ist nicht mehr als du!

Harun al Raschid.

(Eine Kommunal-Vertriebs-Träumerei.)

Die Großen einer noch größeren Stadt sahen einst nach getaner Arbeit frohlich beisammen. In einem geschmackvoll dekorierten Saal, dessen innere Ausstattang wie ein Würden aus Persiens Wunderzeit annahm, der wohl beleuchtet von der Ampel war, sahen sie da, die Herren des großen Abends. Jeder war sich seiner Würde bewußt. Galten sie doch in den Augen der Angehörigen ihrer Klasse als die auserwählten Geistes, deren Weisheit, Talent und kühne Gabe im Rahmen unerreicht war.

Auf anderem Lager sah man hingegen die Den oberen der Stadtverwaltung liegen. Von ihnen Lippen an den Gespielen, die behen Gern und Väterberatung vertriehen. Seine Bewegungen waren langsam, aber und absonderlich. Gerade so, als habe der hohe Herr immer viel Zeit und Geduld gehabt; jedenfalls kann er von sich sagen: ich habe warten gelernt. Sein Mädel war leicht gebräut, weniger von der Zeit der Jahre, als von Einbildung einer fremder Herrscher, die aus dem Morgen- und Abendlande mit viel Geleit zu seines Herrn Hofe gezogen kamen. Wie mochten ihn Wartler nennen. Um ihn herum lag ein Herd von noch mehr bedeutende Männer, die, starrend sich betrachtend, oft zum Giebter sprachen. Hat kann lachten sie alle miteinander.

Sie sprachen von den Verhältnissen der Stadt und freuten sich der Erfolge, die als kühnste Wange in den großen Staatsrat flossen und die den Persien, hat, die runden Geschlechter der Gemeinde vom alljährlichen Steuerdruck befreit wurden.

Deutsche Arbeiterfürsorge.

Das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ schreibt:

Der Reichstanzler von Pulow hat an den Vorstand des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, den General-Kutnant v. Liebert, eine Arbeiter-Epistel gerichtet, die die Stellungnahme der Regierung zum gegenwärtigen Wahlkampf betrauten soll. Diese Wahlumgebung zeichnet sich weder durch einen politischen Inhalt noch durch irgend welches blendende Neuhere aus, -- das Bezeichnendste an ihr ist die Adresse, an die sie sich richtet. Sie besundet, daß die Reichsleiter sich offiziell in die Hände der skrupellosesten Scharfmacherorganisation geben, -- sie stempelt die Niederlage der letzteren offiziell zu einer solchen der Regierung. In dieser Mundgebung befindet sich indes ein Satz, den wir, besonders von unserem gewerkschaftlichen Standpunkte aus, einer näheren Prüfung unterziehen müssen. Herr v. Pulow schreibt:

„Egal ob es ferner keinen Staat gibt, der mehr für die Gegenwart und Zukunft der Arbeiter, für ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse getan hätte, als das Deutsche Reich, -- obwohl die deutschen Arbeiter die bestgebildeten der Welt sind, halten doch Millionen benützt oder als Mitläufer zu einer Partei, die den Staat und die Gesellschaft von Grund aus umwälzen will. Von solchem Tende muß sich das deutsche Volk frei machen.“

Wir haben vor wenigen Wochen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft aufgefordert, für die Wahl von Sozialdemokraten einzutreten. Wir taten dies in dem vollen Bewußtsein, daß sich die organisierte Arbeiterchaft damit in einen kühnen Gegensatz zur Regierung stellt und daß die gesamte Gegnerschaft nicht säumen wird, unsere Gewerkschaften als sozialdemokratische zu denunzieren. Das hat sie aber auch schon früher getan, als wir die neutrale Stellung unserer Organisationen vor aller Öffentlichkeit vertreteten und selbst dann, als eben dieser Stellung wegen die Gewerkschaften aus sozialdemokratischen Kreisen lebhaft angegriffen wurden. Wir mögen uns zur Sozialdemokratie stellen, wie wir wollen, wir sind und bleiben deshalb doch die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften, nicht bloß, weil die meisten unserer Mitglieder Sozialdemokraten sind, sondern weil unsere Organisationen kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne fordern und solche zu erkämpfen wissen, weil sie auf dem Boden des Massenkampfes stehen, anstatt dem Trugbild einer Interessen-Harmonie von Unternehmern und Arbeitern nachzugeben. In gleichem Sinne wurden ja auch schon christliche Gewerkschaften als „sozialdemokratische“ bezeichnet, die zwar den Massenkampf in der Theorie schwaben, aber um seine Praxis nicht herumkommen. Sei es also drum. Wir werden den Satz der politischen Gegner der Sozialdemokratie noch zu ertragen wissen, und wenn einige sozialpolitische Freunde der Gewerkschaften den letzteren die Freundschaft in aller Form aufkündigen, so wird das auch noch zu verkraften sein. Was aber den Gegensatz zur Regierung anbelangt, so hat gerade die arbeiterfeindliche Politik der Regierungen am meisten dazu beigetragen, die Arbeiter ins sozialdemokratische Lager hineinzutreiben. Die Politik der Lebensmittelverteuerung, der Verkümmern der Volkrechte, der Massenjustiz

„Ja, meine Herren“, bemerkte Herr Wartler, „ja, 5 Millionen Mark ist kein Pappenstiel und wenn ein die Familienbeziehungen gelost sind, wird das R. E. W. auch eine nette Einnahmequelle werden.“

„Vergessen Sie nicht unser Wasserwerk“, sagte Herr Alaman, „was rauszukunden ist, wird gemacht. Werden auch einige Millionen werden.“ Die übrigen Herren stimmten begeistert zu.

„Es ist aber auch alles gelbes, um die Produktivität der Werke zu heben“, verbotte der Herr Wartler. „Denken Sie Maß über die Aufzucht der Arbeiter der Gemeinde nach! Hohe Löhne, angereiche Erhaltung, im hohen Alter und im Falle der Invalidität ein Kapital aus dem Staatsfackel. Ja, es ist schon wahr, je mehr man für diese Leute tut, um so mehr soll man noch weiter tun.“

Er künfte tief aus einem Glase Wein und fuhr dann, als die übrigen Herren ihm beifällig zuhört, fort:

„Ja, sehen Sie, meine Herren, hm, ja, die Arbeiterfrage ist ein Problem, das ganz besonders drückend sein wird. Die Lösung liegt sich nicht mit Hilfe der Sozialdemokraten finden; muß ausgeleitet, mit empfinden werden. Ich meine doch an -- Sie gestatten, meine Herren, daß ich kurzweil -- ich nehme doch an, daß Sie alle, die Sie doch weiter großer Betende sind, mit den Arbeitern eine Kluft haben und auch den Gemeindefolk gleich dem Götterfalken an den. Sie betrauten diese Beamtung durch die letzten Schwachen! Nun gut, ich gebe weiter und nehme an, daß Sie auch alle wissen, wie wohl es den Reichden tut, freundlich behandelt und als Partner einer Stadt betrachtet zu werden, in der im Grunde genommen einer auf den anderen angewiesen ist.“

und der Volksverdummung hat der Sozialdemokratie Millionen von Stimmen zugeführt; sie ist es auch, die die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft um ihrer Selbsterhaltung willen zwingt, Gegner dieser Regierung zu wählen. Eine Regierung, die ein Anti-Gewerkschaftsgesetz nach russischem Muster dem Reichstage vorlegen konnte, dazu bestimmt, die Gewerkschaften im Paragraphenkampfe mit Behörden und Gerichten aufzureiben, — eine solche Regierung kann von der Arbeiterschaft kein Vertrauen fordern!

Um so verwunderlicher klingt es, daß Bülow in so hohen Tönen die Arbeiterfürsorge des Deutschen Reiches rühmt und die Gründe, die die Millionen von Arbeitern zu Mittkämpfern der Sozialdemokratie machen, nicht begreifen will. Wenn es wahr wäre, daß das Deutsche Reich mehr als irgend ein Staat der Welt für die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Arbeiter getan hätte, dann wäre die deutsche Arbeiterschaft, diese „bestgebildete der Welt“, würdig, einer Partei nachzuhängen, die die gegenwärtigen Zustände von Grund aus bekämpft. Da nun aber die Unzufriedenheit der Arbeiter mit diesen Zuständen in so raschem Maße wächst, daß Herr von Bülow sich nicht anders mehr als mittels des Reichsverbandes zu helfen weiß, so muß es doch wohl mit dem offiziellen Lob der deutschen Arbeiterfürsorge nicht ganz stimmen. Prüfen wir also, wie es mit der materiellen und geistigen Arbeiterfürsorge des Deutschen Reiches bestellt ist.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wurden im Jahre 1901 für die gesamten Krankheitskosten 213 931 462 Mk. verausgabt (pro Mitglied 19,97 Mk.). Die Gesamteinnahmen der Krankenkassen betragen in diesem Jahre 216 065 055 Mk., davon aus Beiträgen und Eintrittsgeldern 230 685 129 Mk. Von diesen 230 000 000 Mk. hat die Arbeiterschaft mindestens 160 Millionen Mk. aus eigener Tasche aufgebracht, etwa 70 Millionen Mk. sind aus Beiträgen der Arbeitgeber geflossen, die sie ebenfalls an den Arbeitern verdient haben; das Reich hat indes keinen Pfennig dazu gegeben. Nur bei der Gemeindeversicherung stellen die Gemeinden die Verköstigung unentgeltlich, dafür ist diese Art der Krankenversicherung auch die leistungsunfähigste und rüchständigste, die sich zugleich der geringsten Sympathien der Arbeiterschaft erfreut.

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung wurden 1901 insgesamt 161 132 886 Mk. verausgabt, davon 126 641 740 Mk. für Entschädigungsbeträge, Heil- und Beerdigungskosten (pro Kopf der Versicherten 6,37 Mk.). Hier werden die gesamten Kosten von den Unternehmern getragen; das Reich leistet dazu keinen Pfennig Zuschuß (abgesehen vom Etat des Reichsversicherungsamtes).

Nur Invaliden- und Altersversicherung der Arbeiter wurden 1901: 117 100 514 Mk. aufgewendet, davon 103 090 253 Mk. für Entschädigung (pro Versicherten im Durchschnitt 7,91 Mk.). Die Gesamteinnahmen betragen im gleichen Jahre 193 224 977 Mk., davon aus Beiträgen 151 087 799 Mk. Die letzteren sind je zur Hälfte von den Versicherten und deren Arbeitgebern aufgebracht, so daß also 77 043 690 Mk. von den Entschädigungsbeträgen aus Beiträgen der Arbeiter geflossen sind (unzurechnend die Selbstversicherten, die den vollen Beitrag selbst leisten). Bei dieser Versicherung leistet das

Reich einen Zuschuß zu jeder einzelnen Rente in Höhe von 50 Mk., der 1901 den Gesamtbetrag von 45 125 431 Mk. (pro Versicherten 3,18 Mk.) erreichte.

In allen drei Versicherungszweigen wurden also für das materielle Wohl der Arbeiter aufgewendet:

Versicherung	Ausgabe für Entschädigung Mk.	Beiträge der		
		Arbeiter Mk.	Arbeitgeber Mk.	Reich Mk.
Kranken- . . .	213 931 462	160 012 729	70 670 992	—
Unfall-	126 641 740	—	148 481 221	—
Invaliden- . . .	148 205 684	77 043 900	77 043 900	45 125 431
Zusgesamt	488 778 886	237 056 629	296 146 113	45 125 431

Um also den erkrankten, verletzten und arbeitsunfähig gewordenen Arbeitern 488 778 886 Millionen Mk. Unterstützung und Heilkosten usw. zu zahlen, mußten die Arbeiter 237 Millionen Mk. (41,0 Proz.) aus eigener Tasche aufbringen; 296 Millionen Mk. (51,2 Proz.) verauslagte das Unternehmertum für die Arbeiter und 45 Millionen Mk. (7,9 Proz.) steuerte das Reich dazu. Im Gesamtdurchschnitt entfällt auf jeden Versicherten eine Unterstützung von 23,67 Mk. pro Jahr oder 9,22 Pf. pro Tag, wovon im Verhältnis der Beitragsleistung die Arbeiter 3,77 Pf. selbst aufbrachten, die Unternehmer 4,75 Pf. verauslagten und das Reich 0,67 Pf. täglich für jeden Versicherten hinzufernerte. Im Mißverständnis vorzubeugen, wählen wir für die Leistungen der Unternehmer den Ausdruck „verauslagern“; in Wirklichkeit zahlt auch kein Unternehmer die Versicherungsbeiträge aus seiner Privatschatsache, sondern er entnimmt sie den Betriebsergebnissen, die ihm seine Arbeiter „erarbeiten“ müssen. Nichtig ausgedrückt handelt es sich auch hierbei um Arbeiterbeiträge. Auf 3/4 Pf. pro Tag reduziert sich also der gesamte Zuschuß des Reiches zu den materiellen Bedürfnissen des einzelnen versicherten Arbeiters, während die Arbeiter mehr als das Fünffache aus eigenen Mitteln und das Zwölffache aus dem Ertrage ihrer Arbeitskraft dafür aufbringen müssen. So sieht es also auf dem Gebiete der amtlichen Sozialpolitik aus. Gewiß, tritt das, was die Arbeiter aus freier Initiative leisten, an Bedeutung hinter den Gesamtertrag der Zwangsversicherung zurück, die ebenso viele Millionen von Arbeitern umfaßt, als die Gewerkschaften Hunderttausende. Über diese Hunderttausende haben neben den Leistungen der Zwangsversicherung in den Gewerkschaften ein Unterstützungswesen geschaffen, das im gleichen Jahre 1901: 11,1 Millionen Mk. für Unterstützungszwecke verausgabte. Neben den 3 1/2 Pf. Beiträgen pro Tag für die Arbeiterversicherung brachte jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter noch 7,2 Pf. für Gewerkschaftszwecke auf, von denen 2,9 Pf. direkten Unterstützungszwecken zugewendet wurden.

(Schluß folgt.)

Kamentlich in gemenschlichen Betrieben muß der lebendige Organismus tadellos funktionieren, wie die Teile eines Uhrwerks ineinandergreifen. Also, worauf ich Gewicht lege, ist: daß in allen städtischen Betrieben der Arbeiter so anständig und menschenwürdig behandelt wird, wie wir es uns selbst wünschen, wenn wir an Stelle der Arbeiter wären!

„Sie können von der Minderzahl Ihrer Anschauung vollkom. men überzeugt sein, Herr Oberverwalter,“ entgegnete die versammelten Herren respektvoll.

„Na, dann ist es gut. Doch, apropos, da las ich neulich in dem roten Blatt, daß die Unterbeamten, Meister und Vorarbeiter unserer Anstalten es oft an dem nötigen Lohn der Arbeiter gehen. Hier fehlen ihnen und die Leute bei der Arbeit sind an Lohnbündeln. Herr Schumpertsen, Redaktionen und wirtliche Einlassungen wurde gefügt. Was ist an der Sache?“

„Gut Gnaden können sich beruhigen. Es handelt sich um das besagte Geschichtsel eines noch besagterem Untermenschen aus der Anstaltung, Miles Schumpertsen.“

„Ich dachte es mir. Na, ich danke Ihnen, meine Herren; aber da kommt mir ein Gedanke — ein wirkliches Gedanke, ich werde ihn vorlegen —“

Die Herren waren nicht, ihren Gebieter beim Produzieren eines Gedankens zu sehen. So etwas schenken sie Menschengehirnen noch nicht dazugehört zu sein. Sie sahen denn den Meister ungläubig an, dann sich selbst und empfanden sich selbst, als sie bemerkten, daß der Herr und Gebieter dieses großen Reiches wirklich in tiefe Gedanken verfallen war. Der Besagte der rechten Hand ruhte mitten auf der Stirn, das Auge blinnte

niederbeißend ins Weiße und die Wangen erstrahlte in liberaler Glut.

„So — ja so werde ich machen, um zu sehen, was daran ist. In meinem Reiche sollen Peante sein, die schlimmer als die Kronvögel des Pharos haufen? Ach werde selbst mein Glück verdienen; meine Würde von mir legen und als einfacher Arbeiter bestreitet eine Aundreise durch unsere Betriebe machen. Ja, das werde ich tun, so wahr ich Wirtler heiße.“

Er knickte dem Diener, befahl ihm, der großen Dichterin Mele zu sagen, daß sie ihn entschuldigen und auch vertreten möge, wenn er nicht im Rate der Großen erwidern werde. Er müsse eine Reise unternehmen und werde erst in einigen Wochen wiederkommen.

„Müßigen Guter Gnaden sonst noch etwas?“ fragte der Kaiser. „Ja,“ meinte Wirtler vorlegen, „aber haben Sie 20 Mk., gehen Sie in einen Meiderladen und holen Sie mir einen schlichten Arbeiteranzug. Er soll für mich passen.“

Der Diener eilte fort und brachte nach einiger Zeit einen grünen Joppenanzug mit, der den er beifam auf das Kniebrett legte. Ein Gehülfe wurde vor Erschauen so lang, wie die Straflinge der Strafanstaltung, als er sah, wie der hohe Herr auch den Anzug wirklich anlegte, in das Kleidungsstück, sich Hände und Gesicht etwas schäufte und dann den Zalen schloß, der so oft die Platte des Gemeinwehens in sich verformelt sah. Herr Wirtler begann seine Reise als moderner Herr an Reich und wandte sich nach Norden, wo die große Gasanstalt lag.

(Schluß folgt.)

Das Wahlprogramm der Sozialdemokratie.

Nicht allen Kollegen karnten die Forderungen der Sozialdemokratie geläufig sein, weshalb wir nachstehend das Wahlprogramm zur Kenntnis bringen:

Die Sozialdemokratie, als Vertreterin der modernen Arbeiterklasse, ist die natürliche Hüterin von deren Rechten und Forderungen. Sie kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechtes und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, welche sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Nation.

Ihr Ziel ist: die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Werkzeugen und Fabrikwerken, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. Nur diese Umwandlung kann bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Extraktabilität der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Massen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Aber dieses Ziel kann nicht plötzlich erreicht werden und ist nur zu verwirklichen durch die Zustimmung der großen Mehrzahl der Volksgenossen, die an dieser Umwandlung interessiert ist und die Notwendigkeit derselben erkennt. Diese Arbeit ist unsere Aufgabe.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen handelt es sich zunächst darum, die Wege zu einer solchen Entwicklung frei, die unterdrückt und ausgebeuteten Massen für ihren Kampf widerstandsfähiger zu machen durch Schuna und Verbesserung ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lage.

Aus diesen Gesichtspunkten tritt die Sozialdemokratie im nächsten Reichstag wieder ein:

für die Erhaltung und Erweiterung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts und seine Ausdehnung auf die Frauen;

für ein demokratisches Vereins- und Versammlungsrecht ohne Ansehen der Person;

für die Sicherung und Vervollkommnung des Koalitionsrechts und seine Ausdehnung auf die Lohnarbeiter;

für einen gesetzlich fixierten Normalarbeitsstag von höchstens 10 und allmählicher Einschränkung auf 9 und 8 Stunden für alle Arbeiter;

für Erweiterung des Arbeiterschutzes und Verkürzung der Sonntags- und der Nachtarbeit auf das technisch absolut Notwendige;

für Schutzrechte für die Heimarbeiter;

für ein Reichsarbeitsamt, Arbeitsämter und Arbeiterkammern;

für ein Reichsberggesetz mit ausreichenden Schutzbestimmungen für die Bergarbeiter;

für ein einheitliches deutsches Arbeiterrecht;

für Erweiterung, Vereinfachung und höhere Leistungen der Arbeiter-Rechtsanwaltschaft;

für Verbesserung der Gewerbeinspektion unter Heranziehung von Vertretern der Arbeiter und Arbeiterinnen;

für Sicherung der Meinungsfreiheit und freien Petition an die politischen und religiösen Oberbehörden in allen Lebensstellungen, insbesondere auch für die Pfaffen und Bischöfe; die ferner nicht Staatsräuber zu sein sollen;

für Sicherung vor Patentmissbrauch und für Sicherung einer unparteiischen Rechtsprechung;

für die Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche;

für volle Freiheit des rechtlichen Berufsstandes;

für die stärkste Herabsetzung und schließlich völlige Beseitigung der Zölle und Steuern auf notwendige Lebensmittel;

für Beseitigung der Einkommensteuern auf die Einkünfte von Lohn und Abschaffung aller Steuern auf den Verbrauchsgüter, aber nicht auf Profiteure (insbesondere Montansteuern);

für Aufhebung der Zölle auf Kulturmittel;

für die Einführung einer progressiven Reichs-Einkommensteuer für alle Einkommen von über 5000 Mk. im Jahr; für die Einführung einer progressiven Vermögenssteuer für alle Vermögen über 50000 Mk. und für sehr erhebliche Erweiterung der Reichs-einkommensteuer;

für die allmähliche Umwandlung des bestehenden Gesetzes in eine Volksschule auf demokratischer Grundlage, zunächst auf der militärischen Erziehung der gesamten männlichen Jugend; gegen die ungesunden Klammern;

für eine auswärtige Politik, die die Verbrüderung und Vervollständigung der Völker zum Ziele hat, und Schlichtung internationaler Streitigkeiten durch einen aus Vertretern der Nationen zusammengesetzten Arbitrage-Gerichtshof;

für die Förderung der internationalen Kulturinteressen durch Gründung eines internationalen Parlaments;

gegen eine geldfressende Kolonialpolitik, durch die die Eingeborenen ihres Eigentums gewaltsam enteignet, unterdrückt und ausgebeutet werden, und die Skandale schlimmster Art im Gefolge hat; gegen die Liebesgabenpolitik;

endlich: für die schärfste Kritik und Bekämpfung aller Mißbräuche, Ungerechtigkeiten und Mißhandlungen, wo immer sie vorkommen.

„Berlin, die reinlichste Stadt der Welt.“

Den letzten guten Ruf hat und jetzt die Bevölkerung der Straßenerreinigung. Es genug ist in der Öffentlichkeit bekannt, nicht nur zu schreiben, sondern den guten Ruf zu wehren. In den bürgerlichen Kreisen ist natürlich der Arbeiter der Schuldige für eine Stadt den gesundheitlichen Anforderungen entsprechende Reinigung. Demgegenüber wies ein sozialdemokratischer Stadtkorrespondent schon einmal darauf hin, daß der Hauptverursacher der mangelhaften Abfuhr des zusammengetragenen Schmutzes ist.

Die Schmutzabfuhr ist an die Mindestforderungen für eine pro Jahr zu zahlende Pauschalsumme von 1054000 Mk. gebunden. In den Verträgen sind bestimmte Normen für eine geordnete Abfuhr festgelegt. Bei Nichterfüllung stehen wohl reichlich strengste konventionelle Strafen auf dem Papier; das aber bis jetzt auch nur eine Raub an Strafe verzeichnet worden wäre, ist keinem Mensch zu entnehmen. Die Unternehmers sind laut Vertrag verpflichtet:

1. so trocken wie möglich Wasser ist der Schmutz über Schamur nur bis zum Rand des Kastens zu laden. Zuvörderst Handlung 1-15 Mk.;

2. mag die Abfuhr bei jedem Wetter 1 Stunde nach Arbeitsbeginn beendet sein. Bei Nichterfüllung dieser Zeit für jede angefangene Viertelstunde, die voll gerechnet wird, bis 10 Mk. Strafe;

3. ist stets mit genügendem Fuhrwerk gleich hinter den arbeitenden Kolonnen der Schmutzhaufen anzulassen. (Verrechnung bis 10 Mk. Strafe.)

Bei genauer Beachtung dieser Bestimmungen könnte die Reinlichkeit der Stadt wohl etwas besser durchgesetzt werden. Um aber einen Erfolg zu bewahren zu können, wird am Fuhrwerk gespart! Entgegen der Vorschrift wird der Schmutz häufiger als geladen. Bei Regenwetter wird die Abfuhr teilweise bis 4 Stunden über die festgesetzte Zeit verzögert. Die Aufsichtsbemäntel bilden in ihrer großen Anzahl die Nachlässigkeit der Unternehmer. Die Anweisungen für die Arbeiter kennen diese Herren besser als die Dreckeln. Ihre eigenen Anweisungen dem Fuhrwerk gegenüber ident mit der kleinste Teil der Aufsicht über kennen zu wollen.

Das Recht dieser wenig pflichtgemäßen Auffassung der Verantwortlichen äußert sich für die Fuhrunternehmer wie folgt in der Zahl der verkehrsartigen Abfuhr erlaubt im mindestens 25 Abfuhrungen pro Jahr und Gesamtsumme 500 Mk. x 25 = 75000 Mk. Ein weiterer Vorteil, der mit Sparmaßnahmen verbunden werden kann, entsteht bei der Art der Berechnung der Schmutzabfuhr. Bei Schmutzabfuhr wird erst die Schmutzabfuhr extra über die Pauschalsumme bezahlt, die über die tägliche Durchschnittszahl der verkehrsartigen Abfuhr geht. Nach dem Verwaltungsbericht von 1905 wurden im Durchschnitt 13 Kubikmeter Schmutz die 14. als Schmutzabfuhr bezahlt. Würden alle Aufsichtsbemäntel ihre Anweisungen kennen und danach handeln, so würde es 13 Kubikmeter als Minimum berechnet werden. Die Durchschnittszahl der Abfuhr würde sich um 16 erhöhen! Die Fuhrunternehmer zahlen dann erst die 17. Kubikmeter als Schmutzabfuhr bezahlt. Somit 17 x 3 Mk. = 51 Mk. pro Abfuhr und Tag weniger. Bei 11 Abfuhrungen = 597 Mk. und nur 29 Tage Schmutzabfuhr 1940 Mk.

Dieser Abfuhrverdienst wird durch die Gedächtnislosigkeit des größten Teils der Fuhrer den Aufsichtsbemäntel ungenutzt. Soll der alte Ruf „Berlin, die reinlichste Stadt der Welt“ wieder aufleben, muß die Abfuhr zu allen Zeiten geordnet werden. Unter den verschiedenen Maßnahmen muß Schmutz und Schamur sofort auf geladen werden. Dann brauchen die zusammengehenden Fuhrer nicht herum zu verstreuen. Es würde auch der Schmutz nicht immer wieder durch das Fuhrwerk auseinandergeführt werden. Nichts hilft dem das Gedächtnislose der Fuhrer und die Gedächtnislosigkeit des Aufsichtsbemäntel geordnet. „Hinterlässe keine Schmutz an den Straßen“, so lautet das „Reinlichkeitsgesetz“ der Fuhrer. Das Recht gilt heute noch. Dazu noch einen letzten Punkt. Die Aufsichtsbemäntel für die Fuhrer sind nicht unter anderem die Fuhrer müssen beim Abfuhr zu unterlassen. Strengste Ungerechtigkeiten bei der Abfuhr zu unterlassen. Dann können schon über einer nicht so schärfste Kontrolle. Diese Punkte sind in der Anweisung für die städtische Verwaltungsbehörde. Wahrscheinlich gehören die unteren Beamten nicht zum Betriebspersonal, es dient eine schärfste Kontrolle notwendig ist.

Bei solchen Vorstehendem nur Tatsachen sprechen lassen!

Aus den Gemeinden.

Charlottenburg. Die Stadtverordnetenversammlung in Charlottenburg bewilligte eine Anleihe in Höhe von 19.220.000 Mk., die zum Aufbau der Charlottenburger Kaiserwerke dienen soll.

Stettin. Kosthandarbeiten auszuführen, hat die Gemeindevertretung beschlossen, falls das Eintreten länger anhaltenden Frostwetters dies notwendig macht.

Strahburg. Der in der letzten Sitzung des Strahburger Gemeinderats beschlossene Vertrag betr. die Gewährung von nächtlichen Zuschüssen zur Arbeitslosenversicherung an die Gewerkschaften, ist mit dem 1. Januar definitiv in Kraft getreten. In einer Sitzung mit den Gewerkschaftsvorständen derjenigen Organisationen, welche Arbeitslosenunterstützung an ihre Mitglieder verabsoluten, überreichte Polizeidirektor Dominicus in eingehender Weise das der Unterstützung zugrunde liegende Statut, wie es vom Gemeinderat beschlossen wurde, ausdrücklich darauf hinweisend, welche große Bedeutung in sozialer Beziehung dieser Zuschlag habe. Nachdem Strahburg als erste Stadt Deutschlands halbjährlich auf diesem Gebiet vorantretend, sei bereits eine Reihe von Gesuchen anderer nächtlicher Behörden erfolgt, die um Uebernahme der Arbeitslosenunterstützung nachsuchen, wofür Wünsche selbstverständlich nachkommen werde.

Aus den Stadtparlamenten.

Hamburg. Die Deputierten für das Polizeiamtswesen hat nunmehr ebenso wie den Arbeitern in den hauptstädtischen Wasserwerken I bis III - auch den Arbeitern in Montanbetriebe und den Laternenwartern einen freibetragigen Sommerurlaub bewilligt. Der Urlaub soll den Arbeitern, die mindestens 3 Jahre im Dienste der Behörde für das Polizeiamtswesen beschäftigt sind, jedes Jahr in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September gewährt werden. Ein Verzicht auf den Urlaub ist nicht zulässig. Ein Verzicht auf den Urlaub ist nicht zulässig; es können gegen 1200 Arbeiter und Angestellte in Betracht.

Hatcl. Die Stadtverordneten nahmen die neue Gehaltsbestimmung für die städtischen leitendamtlich angestellten Beamten einstimmig an. Den bisherigen Nachwüchsern wurde eine Gehaltszulage von 40 Mk. jährlich bewilligt.

Weinweil i. B. Die Gemeinde bewilligte ihren Beamten eine Feuerungszulage von 20 bis 50 Mk. pro Jahr.

Wilmersdorf. Eine Aufbesserung der Lohnsätze erhalten die Gemeindearbeiter vom 1. April d. J. ab. Mit Rücksicht auf die allgemeinen Feuerungsverhältnisse sind die folgenden monatlichen Lohnsätze festgesetzt worden: Für die Unteramtler beim Eintritt ein Betrag von 120 Mk., steigend nach je 2 Jahren um 6 Mk. bis zum Höchstbetrag von 150 Mk., für die Forstarbeiter, Gärtner und Hüter ein Eintrittssatz von 105 Mk., steigend innerhalb 10 Jahre auf 130 Mk., für die ständigen Gemeindefreien endlich ein Anfangsbetrag von 95 Mk., steigend nach ebenfalls 10 Jahren auf 120 Mk. Durch diese Gehaltsaufbesserung wird der Etat der Gemeindearbeiter jährlich um 6555 Mk. erhöht.

Notizen für Gasarbeiter.

Breslau. Uns geht nach Redaktionsschluss folgende Mitteilung zu: Zum Antrag des Arbeiterausschusses der Gaswerke bemerkt der Magistrat wie folgt betreffs der Lohnverbesserungen in den Gaswerken: Wir haben eine Lohnskala aufgestellt, von der wir eine Abkürzung vorzuschlagen und nach welcher in Zukunft die Lohnsätze geregelt werden sollen. Die Gewährung von Zulagen wird jedoch selbstverständlich abhängig gemacht von dem Erfolg der Leistungen und der Führung der in Frage kommenden Arbeiter. Die Anforderungen der Laternenwarters werden abgelehnt, da diese nicht als vollqualifizierte Arbeiter in Frage kommen. Ebenso wird die Einführung des Feuerfunktions für die Sandwerker, Klempner, Reparaturarbeiter, Küster usw. abgelehnt, weil dieselbe die unentgeltliche Benützung der Bäder.

Lohnfestsetzung:

Es erhalten:	Mark
1. die Eisenmänner einen Schichtlohn von . . .	4,00 - 5,00
2. die gelernten selbständigen Handwerker (und zwar: a) Schlosser, b) Feldschmiedenschlosser, c) Schmiede, d) Tischler und Zimmerer, e) Maler und Anstreicher, f) Holzleger) einen Schichtlohn von . . .	3,50 - 4,50
3. die nicht gelernten Handwerker, Gehilfen und Werkstattarbeiter an der Regel tritt der Anfangslohn bei einem Mindestalter von 25 Jahren ein)	3,00 - 4,00
4. die Heizer, Maschinenisten, Lokomotivführer . . .	3,30 - 4,50
6. die Maschinenpuffer, Hilfsmaschinenisten und die Bedienung der Apparate	3,00 - 4,00

- 6. die Gasarbeiter 3,00 - 3,60
- 7. die Retorteneinträger und Zieber . . . 3,30 - 4,50
- 8. die Kolonnenführer 3,60 - 5,00
- 9. die Holsausfahrer, Ausdämpfer, Kohlenfahrer und Schläder 3,30 - 4,50
- 10. Gasarbeiter und Pflanzmeister erhalten pro Woche 30 - 36

Die stellvertretenden Retorteneinträger und Zieber erhalten zu ihrem jeweiligen Lohn einen Zuschlag von 1,00 Mk. pro Schicht.

Berlin. Was es mit den über den grünen Alee gelobten Arbeiterwohlfahrtsvereinigungen des Berliner Magistrats auf sich hat, konnten die Kollegen des Gaswerks Kallertstraße wieder einmal erleben. Bei Gelegenheit der aus wichtigen Gründen erfolgten Wahlprüfung eines Arbeiterausschussmitgliedes hatte der Arbeiterverein gegenüber sehr nervöse Betriebsdirigenten den Arbeiterausschuss bei dessen Vermittlungsversuch brüskt abgewiesen. Der Ausschuss glaubte nun, daß bei all der Liebe und Gewogenheit, welche man im Asten Hause bei entsprechender Gelegenheit immer für Arbeiterwohlfahrt fundiert, es nur eines Beschlusses bedürfe und der Herr Dirigent wurde wegen der von ihm beliebigen Ungehörigkeit zurechtgewiesen. Weit geht! Wie schon immer in solchen Fällen, so haben wir auch diesmal erfahren müssen, daß wir zwar Arbeiterausschüsse wählen dürfen, daß im übrigen aber diese Institutionen gezeichnet Kamslau, dem Arbeiterausschuss mitgeteilt, daß dieser die ihm aus den „Bestimmungen“ zutreffenden Befugnisse überschreiten könne und darum der Beschlüsse nicht näher getreten werden könne. Also immer dasselbe Lied und dieselbe unergiebende Arbeiterfürsorge, wie sie sich den nächtlichen Lohnflößen von Tag zu Tag mehr in ihrer wahren Gestalt enthüllt. Was Wunder, wenn eine solche an Zufälle nicht zu ü' treffende Antwort bei den Arbeitern des genannten Gaswerks eine Erregung hervorrief, welche dem Berliner Magistrat zu denken geben sollte. Die nachstehende Resolution, welche in einer lebhafte gewiesenen Betriebsversammlung einstimmige Annahme fand, spiegelt diese Stimmung deutlich wieder:

„Die zahlreich besuchte Betriebsversammlung hat Kenntnis genommen von der auf die Beschwerde des Arbeiterausschusses ergangenen nichtsagenden Antwort der Deputation und stellt fest, daß in dieser wohl der Fall 5. angezogen, sonst aber der Kern der Sache: das abweisende, herausfordernde Benehmen des Anstaltsdirigenten unberücksichtigt geblieben ist.

Die Versammelten protestieren gegen die in der Antwort liegende Nichtachtung ihres Arbeiterausschusses. Sie heißen die von diesem getanen Schritte, welche der pflichtgemäßen Durchführung der Rechte des Ausschusses entsprechen, in jeder Hinsicht gut und beurteilen entschieden die dem Ausschuss widerfahrere Behandlung, von der keineswegs gesagt werden kann, daß sie einem wahren sozialen Streben entspricht.“

In dieser Versammlung wurde auch Mitteilung gemacht von dem Ungenossen, den der Herr Dirigent bei seinen Arbeitern glaubt anwenden zu dürfen. Es kamen da Brödden zum Vorschein, die jeder halbwegs gebildete Mensch, was doch sicher der bezeichnet Herr sein will, sich anzuwenden scheute. Es sind Worte von solcher Qualität darunter, daß sie hier nicht wiedergegeben werden können. Vielleicht tun die unter derartigen Schwelbelen leidenden Arbeiter ein übriges und berechnen diesem Vorgehens demnachst Anlaßes „Umgang mit Menschen“. Ein Arbeiter erklärte auch unter dem Verfall der Versammelten: „Wir haben überhaupt keinen Dirigenten; bei uns ist jeder Meister und Vorarbeiter Dirigent.“

Rechtlich erklären auch die Mägen der Arbeiter von der Anstalt 2. Ordnungsklasse aber die unerhörte Antreiberei der unteren Vorarbeiter und die wenig anständige Art, in der die Arbeiter überhaupt behandelt werden. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit wird den Arbeitern gezeigt, daß sie mit einem Auge auf dem Straßenpflaster stehen, die Entlassung nach Laune der Vorgesetzten zu erwarten haben. Es ist mühsamer ersticklich, zu sehen, welche Vorgesetzten die Leute über die fortwährenden Vorzensurmaßnahmen der Vorarbeiter, Meister usw. an den Tag legen. Ist genug hat man Gelegenheit, zu beobachten, daß die oberen Vorgesetzten vernünftiger und humaner als die aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Vorgesetzten sind, die ihre Vorgesetztenverordnungen offenbar nur durch ihre Autokratie, Angewohnheit und fortgesetzte Antreiberei zu erlangen vermögen. Wenn die nachstehenden Anstalten über fortgesetzten Mangel an tätigen Arbeitern klagen, so ist diese Tatsache nur dem Umstande zu danken, daß den unteren Vorgesetzten eine Nachhilfe einräumt ist, die im Interesse dieser Anstalten selbst recht bald beschaffen werden anstehen wird ein zu niedriger Lohn bezahlt, und dann haben die einzigen Neben noch an einem Tage 20 Arbeiter angenommen werden, von denen 12 es vorzogen, nach einträglicher Arbeit gar nicht wieder zu kommen. Nur die schwere Arbeit auf den Gasanstalten wird ein zu niedriger Lohn gezahlt, und dann haben die Leute nicht immer die Charaktereigenschaft, eine Behandlung einzulassen, die man sich nachgedrungen meistens auf dem Selberneinbeif gefallen lassen muß. Dann möchten wir die Direktion dieser

Anstalt noch erfuchen, ihre untergeordneten Beamten anzukleifen, den Arbeitern, die Leberstunden machen sollen, das zeitig genug mitzuteilen. Es ist wiederholt vorgekommen, daß einfach kurz vor Schichtschluß gesagt wird: Sie müssen 1, 2 oder 3 Leberstunden machen. Arbeiter, die weit draußen wohnen und ihr warmes Essen zu Hause finden oder sich sonst etwas vorgenommen haben, empfinden dieses Kommandieren zum Leberstundenmachen als eine Rücksichtslosigkeit, die man in städtischen Betrieben nicht anwenden sollte. Ist viel Arbeit vorhanden, so stelle man Arbeitslose ein, deren es genug gibt, gebe ihnen einen auskömmlichen Lohn und strebe danach, die ohnehin lange Arbeitszeit für die körperlich schwer arbeitenden Gasarbeiter recht bald zu verkürzen. Es ist ein Jammer, zu sehen, wie in kommunalen Betrieben mit der Arbeitskraft des Proleten ein förmlicher Raubbau getrieben wird.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Die Auflösung des Reichstages und die notwendigerweise in der Arbeiterschaft einsetzende Wahlagitation ist naturgemäß nicht ohne Einfluß auf die systematisch betriebene Agitation unter den Gemeindefunktionären geblieben. Wenn auch mit Rücksicht auf die Wahlarbeit unsere Organisationsarbeit etwas eingeschränkt werden mußte, so steht doch fest, daß die Ereignisse auf dem politischen Theater auch unsere Kollegentreife gewaltig erregt haben. Die Folgen der Kronwucherpolitik, der Vergeudung der Steuergroschen durch eine parasitäre Kolonialpolitik und nicht zuletzt die Attacke auf das Koalitionsrecht der städtischen und staatlischen Arbeiter haben auch dem politisch indifferenten Gemeindefunktionär gezeigt, wo der Feind der Arbeiterklasse steht. Und so wird denn am Wahltage unsere organisierte Kollegenschaft (auch die nichtorganisierten werden „gefühlsmäßig“ abstimmen) an die Wahlurne treten, um der Gesellschaft, die sich die herrschenden Klassen nennen, einen Denkzettel zu geben. Währenddessen wird in Kollegentreifen lebhaft die Frage ventiliert: Was wird der neue Stadthaushalt den städtischen Arbeitern bringen? Wir sind es gewöhnt, den herrschenden Kommunalbeamten nicht nach seinen Worten, sondern nach seinen herrlichen Taten einzuschlagen und diese Schätzungsmethode hat sich auch immer bewährt. Es wird ein jämmerlich Tröpfchen auf den heißen Stein sein, das vom Vorn des Stadtfreiwilts träufelt. Mit berechtigter Erwartung sehen namentlich die in Krankenhäusern, Irrenhäusern und Desinfektionsanstalten beschäftigten Personen einer Aufbesserung ihrer mangelhaften Bezüge entgegen. Rot tut den Parkarbeitern, Schlachthofarbeitern und den Hülfspersonen in den städtischen Schulen eine Gehaltserhöhung; die Schulbeizler wünschen außerdem zur Kategorie der „Händigen“ Arbeiter gerechnet zu werden, um die Vorteile der Hinterbliebenenversorgung zu können. Recht sehnsüchtig sehen aber die Gasarbeiter einer baldigen Aenderung der bisherigen Arbeitsweise entgegen. Die unmenschlich schwere Arbeit gibt den Arbeitern das Recht auf eine größere Ruhepause und es steht zu erwarten, daß die Versuche, die mit der Verkürzung der Arbeitszeit in der Anstalt Danzigerstraße gemacht sind, als abgeschlossen gelten können, um sie als neue Betriebsrichtung auch auf die anderen Anstalten der Stadt zu übertragen. In Gasarbeiterkreisen rechnet man damit, daß am 1. April auf allen städtischen Gasanstalten, denen dann die „Engländer“ (I. C. G. A.) von selbst folgen müssen, eine Aenderung in der bisherigen Arbeitsmethode Platz greifen wird. Hoffentlich werden dann auch in den städtischen Betrieben andere Formen des persönlichen Verkehrs zwischen Vorgesetzten und Arbeitern Einfuhr halten und namentlich die unteren, aus den Arbeiterkreisen hervorgegangenen Antreiberchergen von maßgebender Stelle darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie keine Lakonten, die mit Hornvieh umgehen müssen, sind, sondern vom kulturfreundlichen Berliner Magistratsfreiwilts angestellte Beamte, die abwärts pharaonischer Gepflogenheiten arbeiten sollen. Wir wünschen schließlich, daß wir künftig recht wenig notwendig haben, unsere Arbeiter gegen Anflügler und Nichtsnutzigkeiten der Kronwölfe in Schutz zu nehmen. Ueber den Stand oder den Fortgang unserer Organisation ist wesentlich neues und für die weitere Öffentlichkeit beunruhigend nicht zu berichten. Die Kollegen der Desinfektion, die Riesfeldarbeiter, die Kollegen der Krankenhäuser und einiger Gasanstalten hielten auch im vergangenen Monat eine ganze Anzahl turnusmäßiger Agitations- und Betriebsversammlungen ab, die sich in ihrer Wirksamkeit als recht nützlich für den Verband erwiesen. Die Mitgliederziffer unserer Organisation steigt fortgesetzt und man müßte an dem Intellekt der städtischen Proletariat verzweifeln, wenn es nicht der Fall wäre. Die im Dezember beendigten Lehrturse werden im Februar, nach der Erwahlung wieder aufgenommen werden. Zur Besseren und fortgesetzten Information unserer Vertrauensleute hat die Filialleitung die auch in anderen großen Betriebsverwaltungen gut bewährte Einrichtung getroffen, von Zeit zu Zeit folgen „Mitteilungen“ an die Vertrauensleute in Form von 2- oder 4seitig bedruckten Oktavblättern herauszugeben, in denen

Tragen verwaltungstechnischer, rechtlicher oder auf die Auslegung des Statuts bezüglicher Natur erörtert werden. Diese „Mitteilungen“ mögen sich die Kollegen aufheben und sie für ihre Zwecke verwenden. Für die weitere Öffentlichkeit sind diese Druckfachen natürlich nicht bestimmt.

Düsseldorf. Das Vorgehen unserer Kollegen vom Gas- und Elektrizitätswert hat hinsichtlich der Forderung auf Gewährung eines Sommerurlaubs einen erfreulichen Erfolg gezeitigt. Wir lesen in der „Düsseldorfer Volkszeitung“: Urlaub bei Fortzahlung des Lohnes soll in Zukunft den städtischen Arbeitern gewährt werden. Die städtische Verwaltung hat folgende „allgemeinen Bestimmungen über Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes an die ständigen Arbeiter der Stadt Düsseldorf (einschließlich des Fahrpersonals der Straßenbahnen)“ erlassen: „Jedem ständigen Arbeiter der Stadt Düsseldorf, der das 25. Lebensjahr vollendet und sich zufriedenstellend geführt hat, kann alljährlich unter Fortzahlung des Lohnes ein Urlaub gewährt werden. Die Dauer des Urlaubs wird bemessen wie folgt: Nach dreijähriger ununterbrochener Dienstzeit drei Tage; nach fünfjähriger ununterbrochener Dienstzeit fünf Tage; nach siebenjähriger ununterbrochener Dienstzeit sieben Tage; nach zehnjähriger ununterbrochener Dienstzeit neun Tage; nach fünfzehnjähriger ununterbrochener Dienstzeit elf Tage und nach zwanzigjähriger ununterbrochener Dienstzeit vierzehn Tage. Die Dienstzeit bei anderen Arbeitgebern als der Stadt Düsseldorf wird in den Fällen mitgerechnet, in denen sie auch bei der städtischen Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung mitgerechnet wird. Unterbrechungen der Dienstzeit, die bei der städtischen Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung nicht in Betracht kommen, werden auch bei der Urlaubsgewährung unberücksichtigt gelassen. Ein Anspruch auf solchen Urlaub kann nicht gewährt werden, vielmehr hängt es allein von dem Ermessen der vorgesetzten Dienststelle ab, ob Urlaub nach der Lage des Dienstes bzw. Betriebes gewährt werden kann. Fernsprechend kann auch der Zeitpunkt des Urlaubs nur von der vorgesetzten Dienststelle nach ihrem Ermessen geregelt werden. Die Wünsche des Beschäftigten über den Zeitpunkt des Urlaubs sollen nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Tage, welche nach dem Arbeitsvertrag (Arbeitsordnung usw.) als Feiertage (ohne Lohnzahlung) gelten, werden bei Festsetzung der Urlaubszeit als Arbeitstage (mit Lohnzahlung) angerechnet, sofern der Antragsteller dies wünscht und die vorgesetzte Dienststelle es für angezeigt erachtet. Auf welchem Wege die Urlaubsgesuche einzureichen sind und zu welchen Zeitpunkten sie vorliegen müssen, bestimmt die vorgesetzte Dienststelle. Die bei einzelnen Dienststellen bestehenden besonderen Urlaubsbestimmungen der Arbeiter werden aufgehoben; bei denjenigen Personen jedoch, die nach diesen Sonderbestimmungen bisher schon im Genusse eines regelmäßigen Urlaubs waren, bleiben die sie betreffenden besonderen Bestimmungen so lange in Kraft, als sie günstiger sind als vorstehende allgemeine Bestimmungen. Vorstehende Bestimmungen, deren jederzeitige Ergänzung und Abänderung vorbehalten bleibt, treten mit dem 1. Januar 1907 in Kraft. So wäre denn der Anfang mit der Erfüllung einer Arbeiterforderung gemacht, die von den Organisationen schon seit langem erhoben und von uns stets vertreten worden ist. Daß es dabei ohne die bei der Verwaltung nun einmal übliche Bevormundung nicht abgeht, war zu erwarten. Weibchen der Arbeitern keinen Rechtsanspruch auf Urlaub einzuräumen, darunter würde ja das Decretal geheiligte Autoritätsprinzip leiden. Auch ist die Dauer des Urlaubs im Verhältnis zu der Länge der Arbeitszeiten eine äußerst minimale. In den von Arbeitern errichteten und geleiteten Betrieben beträgt meistens die Ferienzeit nach einer Dienstzeit von einem Jahre mindestens eine Woche, wobei den Arbeitern ein Rechtsanspruch auf Ferien zusteht. Die städtischen Arbeiter werden das vom 1. Januar 1907 ab Gewährte als Abblagszahlung hinnehmen, ihre Organisation wird schon dafür sorgen, daß weitere Zugeständnisse gemacht werden.

Alberfeld. Die am 5. Januar stattgefundene Mitgliederversammlung war gut besucht. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Kollege Schäfer-Köln referierte über: „Die Reichstagswahl und die Gewerkschaften.“ Ein Antrag, vom dem Leberstich des Reichstagswertes 30 Mk. dem Wahlfonds zu überweisen, fand einstimmige Annahme. — Wir bitten unsere Mitglieder, auch im neuen Jahre rüthig an der weiteren Ausbreitung des Verbandes mitzubedenken. — In Sachen der Lohnbewegung der Gasarbeiter finden nach den Wahlen separate Besprechungen statt.

— Die Kollegen des Abfuhrwesens reichten im Juli des vorigen Jahres eine Eingabe um Lohnerhöhung ein. Diese hat nun dahingehend Erledigung gefunden, als alle Arbeiter — etwa 50 an der Zahl — um 30 Pf. pro Tag aufbehalten wurden. Die neuen Bestimmungen traten bereits vor Weihnachten in Kraft. Wir begrüßwünschen unsere Kollegen zu diesem Erfolge und hoffen, daß sie auch fernerhin treu zum Verband halten, um weitere Verbesserungen zu erzielen.

Kalle a. S. Unsere Generalversammlung fand am 4. Januar d. J. statt. Der Kassierer verlas den Bericht vom 1. Quartal. Die Einnahme betrug 231,20 Mk., die Ausgabe 124,55 Mk. An den Hauptvorstand wurden eingehend 20,15 Mk. Dem Kassierer wurde einstimmig Zeugnis erteilt. Alsdann wurde die Wahl des Gesamtvorstandes vorgenommen. Es wurden ge-

wählt: Friedrich Ellrich 1. Vorsitzender, Dönike 2. Vorsitzender, Bille 1. Kassierer, Hagemeyer 2. Kassierer, Busch 1. Schriftführer, Prehme 2. Schriftführer. Als Revisoren Stöckel, Karl Müller und Franke. Als Hilfskassierer wurden nur 3 statt 5 gewählt, und zwar Busch, Henze und Kretschmidt. Als Martelldelegierter wurde Kollege Ellrich bestimmt; zur Bauarbeiterkommission Kollege Haaf. Unter Verschiedenem wurde auf Anregung einiger Mitglieder beschlossen, dem Kollegen Wagner, welcher durch schwere anhaltende Krankheit in eine traurige Lage geraten ist, eine freiwillige Unterstützung zu verabsichtigen. Wegen vorgerückter Zeit wurde der Beschluß zur Gründung eines Filialfonds bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Marlsruhe. Am 5. Januar fand unsere Generalversammlung statt, welche erkranktweise zahlreich besucht war. Gemeinder Dehmann und Martellvorsitzender Wolf waren anwesend und brachten in mande Angelegenheiten belehrende Anregungen. Bei der Neuwahl sämtlicher Verbandsfunktionäre wurden gewählt als 1. Vorsitzender Kollege Marcher, als 2. Vorsitzender Kollege Wunsch, Kollege Deck wurde einstimmig als Kassierer wiedergewählt. Kollege Herbig wurde als 1. und Kollege Wud als 2. Schriftführer gewählt. Zu Revisoren wurden die Kollegen Kitzner, Reintal und Kimmle gewählt. Als Martelldelegierte fungieren die Kollegen Keith und Kieder. — Kollege Dehmann hob in seinen Ausführungen hervor, daß sich endlich auch die Marlsruher Kollegen aufrufen müßten, um die hiesigen Arbeits- und Lohnverhältnisse etwas erträglicher zu machen; er selbst wolle seine ganze Kraft in den Dienst der hiesigen Organisation stellen. — Eine Sammlung zugunsten des Wahlfonds ergab einen Betrag von 8,50 Mk. Darauf wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Miel. Wir stehen jetzt wie wohl allerorts im Zeichen der Wahl. Für uns städtische Arbeiter wäre nun die Frage aufzuwerfen: Hat der städtische Arbeiter ein besonderes Interesse an der Zusammenkunft des kommenden Reichstages? Diese Frage wäre wohl kurzgehandelt mit Ja zu beantworten. Schon die Wagenfrage spielt eine Rolle dabei, die Lebenshaltung der städtischen Arbeiter ist merklich gesunken, das haben zur Genüge die ertregten Debatten über die einzureichenden Lohnforderungen gezeigt. Ein ganz besonderes Interesse an den kommenden Reichstag hat der städtische Arbeiter — ob Handwerker oder ungelern — schon allein wegen dem famosen Anti-Gewerkschafts-Gesetzentwurf. Der Gesetzentwurf hat uns aber die Augen geöffnet und als ein Wene-Felken den Gewerkschaften zugerufen: „Seid auf der Hut!“ Ausgeschlossen ist es nicht, daß die Regierung dem neuen Reichstage wieder so ein Ding beistehen wird. Im Interesse aller städtischen Arbeiter ist dem ein entschiedenes Halt! zuzurufen. Das kann man nur bewerkstelligen, indem jeder städtische Arbeiter bei der kommenden Reichstagswahl einem Manne die Stimme gibt, der energisch Front macht gegen solche Dinge. Ihr Mieler städtische Arbeiter, seid Eurer Pflicht eingedenk und handelt danach!

Rundschau.

Das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ wirft in seiner Nr. 1 von diesem Jahre einen Ausblick auf die wirtschaftliche und gewerkschaftliche Entwicklung des verflohenen Jahres und macht u. a. folgende Mitteilungen: „Die deutschen Gewerkschaften haben im verflohenen Jahre nicht bloß gekämpft — sie haben auch gearbeitet. Ihre Reihen haben sich um ein gewaltiges Stück erweitert; sie sind dem Ziel, das wir vor 2½ Jahren als das nächste bezichneten, um ein bedeutendes näher gekommen. Im Jahre 1906 betrug die Zunahme der Gewerkschaften an Mitgliedern 316 081. Es war die größte Zunahme, die sie seither zu verzeichnen hatten. Der Zuwachs, den uns das Jahr 1906 brachte, wird kaum geringer sein. Nach den uns zurzeit vorliegenden Abrechnungen und Mitgliederanschlägen der Gewerkschaften vom 3. Quartal 1906, die 53 von 65 Organisationen umfassen, ist deren Mitgliederzahl seit Ultimo 1905 bereits um 219 142 gestiegen. Es fehlen uns aber noch die Ergebnisse der Verbände der Maurer, Schneider, Tapfer, Stultzeure, Seelente u. a. Organisationen, deren Zunahme hinter 50 000 nicht zurückbleiben wird. Nach diesen vorläufigen Ergebnissen dürfte die Mitgliederzahl unserer Gewerkschaften am Jahreschluß 1906 nahe an 1 750 000 herangekommen sein. 1½ Millionen organisiert Arbeiter in den Mannpewerkschaften, das ist ein Fortschritt, auf den wir mit Bestimmtheit zurückblicken können. Als wir die erste Million an Mitgliedern überschritten hatten, da schrieben wir, daß bei gleichbleibender Entwicklung die zweite Million von Mitgliedern im Jahre 1910 erreicht sei. Und jetzt, am Beginn des Jahres 1907 fehlen uns an der zweiten Million nur noch 250 000, eine Minderzahl angesichts des Zunahmes der beiden letzten Jahre, die sich mit Hälfte einer ockerstenen Arbeiter- und Mannpewerkschaft und vielleicht auch mit der nicht zu unterschätzenden Beibehaltung der ausperrungelängten Unternehmer binnen Jahresfrist idantifiziert läßt. Wäre jedes Gewerkschaftsmitglied nach Maaßen dazu beitragen, daß wir das neue Jahr mit der zweiten Mitglieder-million schließen könnten! Nicht als höchstes Ziel unserer

Wirksamkeit betrachten wir diesen Fortschritt — Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeiter zu verbessern und die Rechte der Arbeit zu verteidigen — wohl aber als eine wichtige Etappe auf dem Wege der Entwicklung unserer Organisation! Denn die Eroberung einer zweiten Million von Arbeitern in nur drei Jahren, was ist das anders als ein zwingender Beweis der steigenden Macht des Gewerkschaftsgebaukens, der allen reaktionären Schranken und allen polizeilich-richterlichen Verfolgungen zum Trotz sich freie Bahn erzwingt.“

Ein Gewerkschaftsstatut vom Reichsgericht für unanständig erklärt. Eine für Gewerkschaften und Unterstützungsvereine prinzipiell wichtige Entscheidung hat kürzlich der 1. Zivilsenat gegen den Senefelder-Bund gefällt. Es dreht sich dabei um folgen es: Der 1873 gegründete Senefelder-Bund verfolgte zwar anfangs gewerkschaftliche Zwecke, begrenzte sich aber dann nur auf Unterstüttungen bei Krankheit und Invalidität der Mitglieder und auf Sterbe- und Witwenunterstützung. Durch die spätere Einführung auch der Reise- und Arbeitslosenunterstützung gab es gar bald Differenzen mit dem Gewerkschaftsverband der Lithographen, Steindrucker und Berufsangehörigen. Beieitigt wurden diese Differenzen durch Beschlüsse beider Verbände, denen ja dieselben Verufe angehörten, durch eine Gebietsabgrenzung, wodurch die Gewerkschaft allein nur noch die Reise- und Arbeitslosenunterstützungen führen durfte. Die nach dieser Zeit einsetzende intensive Agitation ergab folgendes Resultat: Die Verschmelzung mit der Gewerkschaft wurde vom Senefelderbund auf seiner Generalversammlung 1901 in Mail mit großer Majorität beschlossen. Die unmittelbar darauffolgende gemeinsame Generalversammlung beider Verbände beidloß die Auflösung der Gewerkschaft der Steindrucker und die Hebernahme ihrer gewerkschaftlichen Zwecke durch den neuen Senefelderbund. Gegen diese Beschlüsse reichten nun 31 alte Bundesmitglieder eine Klage ein, die die Ungültigkeitserklärung des neuen Statuts forderte, soweit es sich um die sozialpolitischen Zwecke — nämlich um Unterstüttung bei Streiks, Ausperrungen und Maßregelungen handelte. Der Lessenschaft ist ja auch noch bekannt, daß dieselben 31 Kläger mitten im Streik und der darauffolgenden Ausperrung, die die Lithographen und Steindrucker auszukämpfen hatten, eine einstweilige Verfügung des Gerichts erwirkten, wonach die Gewerkschaftskasse für Streiks- und Ausperrungszwecke gesperrt wurde. Allerdings gaben diese 31 Kläger später die Gewerkschaftskasse wieder frei. Der Vertreter der 31 Kläger begründete die Klage damit, daß die Gewerkschaft die ganze Verschmelzungssaktion nur zu dem Zwecke geführt habe, um das Vermögen des Vereins, das die alten Leute, die mit ihren Eheis in Freundschaft leben, gesammelt, für Streik — für den geplanten großen Generalstreik — zu bekommen. Auf diesem Wege, und weil man Tausende neuer Mitglieder in den „Bund“ hineindirigiert habe, seien die berechtigten Ansprüche der alten Mitglieder zu kurz gekommen, ihre Vermögensrechte mähten sichergestellt werden. Der Vertreter des neuen Senefelderbundes, der gegen die Erkenntnisse des Landes- und Oberlandesgerichtes in Frankfurt Berufung eingelegt hatte, führte dagegen aus: Es sei allerdings festgestellt, daß 4000 neue Mitglieder dem alten Bunde zugeströmt waren. Wenn z. B. ein Verein 100 Mitglieder zähle, dem plötzlich 4000 neue vollberechtigte Mitglieder, die dann einen Majoritätsbeschlus fassen, zustimmen, dann können doch die 100 alten Herren, die doch an den Majoritätsbeschlus des Vereins gebunden waren und es doch auch dann noch sind, nicht Reverspatrechte für sich in Anspruch nehmen. Das Reichsgericht gab den 31 Klägern recht, und verwarf die Revision der Gewerkschaft. Durch dieses Urteil sind bestimmte Paragraphen des Gewerkschaftsstatuts für unglültig erklärt und der Verband ist gezwungen, ein neues Statut zu schaffen. Es ist deshalb eine außerordentliche Generalversammlung seitens des Senefelder-Bundes einberufen.

Ein Konflikt zwischen Reedern und Kapitänen in Hamburg hat sich — dank dem mangelnden Entgegenkommen der Hamburg-Amerika Linie — zu einer regelrechten Ausperrung entwickelt. Bisher sind hundert Schiffsoffiziere wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verein deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine entlassen worden. Eine Versammlung des Vereins beschloß, sofort eine Unterstützung für die Entlassenen einzuführen und zwar für Ledige 100 Mk. für Verheiratete 130 Mk. pro Monat, für jedes Kind außerdem 10 Mk. Der Verein gab bekannt, daß Geldmittel genügend vorhanden, und daß nicht weniger als 10 Privatbeamtenvereine ihre Unterstützung zugesichert hätten. Nach neuesten Mitteilungen haben sich genaue „Ergänzkraft“ gefunden. Ob die Kapitäne aus diesen Verengungen die richtigen Konsequenzen ziehen, erdient indessen zweifelhaft!

Wie der Reichsstatistkus spart. Während die Reichsregierung mit den Ausgaben für die wertvollen Kolonien nicht frantret und seit dem Jahre 1884, dem Beginn ihrer Kolonial-entwerrungen, mit Umidlich der Meilen des Sinesisch-Tibet, des Herero- und Sottentottentrieges sowie der Wimmann-Expeditionen und der Zubutenen für die Unatata Dampferlinien, insgesamt fast 1½ Milliarden Mark verausallt hat, also durchschnittlich 64 Millionen pro Jahr, ist ne etwa bemacht, an den Gehältern der von ihr beschäftigten unteren Beamten so viel als möglich zu

sparen. In dem amtlichen Bericht über die Verwaltung der Eisenbahnen in Ost-Preußen, der kürzlich dem Reichstag zur Genehmigung ist, befindet sich z. B. auf S. 121 ff. eine Zusammenfassung der in den Reichsanstalten 1906 an die Gehilfen und Arbeiter gezahlten durchschnittlichen Löhne. Danach betragen z. B. an Beförderung oder Lohn für den Tag im Durchschnitt:

	1904	1905
Stationsgehilfen	981	981
Büro- und Hilfsarbeiterinnen	3,87	3,24
Rechnergehilfen	3,20	3,19
Kanzleigehilfen	3,90	3,75
Stationsgehilfen	3,06	3,09
Schreibgehilfen	3,19	3,14
Hilfslokomotivführer	3,91	3,82
Arbeiter im Telegraphendienst	3,07	3,02
Hilfslokomotivführer	2,24	2,22
Hilfsbahnwärter	2,85	2,80
Schrankenwärterinnen	2,71	2,61
Hilfslokomotivführer	0,52	0,51
Bahnarbeiter	2,96	2,93
Beschäftigte	2,88	2,88
Beschäftigte	4,27	4,20
Beschäftigte	3,48	3,14
Beschäftigte	1,18	1,15

Von 34 Arbeiterkategorien, die in der Liste aufgezählt sind, haben 16, also die Hälfte, eine Verringerung ihres Lohnes erfahren. In einer Vorbemerkung zu dem Bericht wird zwar gesagt, daß der Rückgang der Durchschnittslöhne bei einzelnen Gruppen darauf zurückzuführen ist, daß bei der betreffenden Gruppe Arbeiter der höheren Lohnklasse ausgeschieden und durch jüngere Arbeiter mit geringeren Lohnlöhnen ersetzt worden sind. Dieser Wechsel hat aber nicht im geringsten die Tatsache auf, daß die Staatsverwaltungen in jeder Weise den Arbeitern ein höherer Lohn zu sparen lehren. Wie übrigens bei einzelnen Arbeiterkategorien, z. B. bei den Lokomotivführern, es möglich sein soll, noch jüngere Arbeiter einzustellen, bleibt ein Geheimnis der Eisenbahnverwaltung. Für militärische und Kolonialzüge sind Millionen und Abermillionen übrig, am Arbeiter hingegen sucht man auf heimliche Weise Einsparnisse zu erzielen.

Die Entschädigung für die abgehandelte Hand, so schreibt die „Preussener Volkszeitung“, ist dem Genossen Wiewald immer noch nicht geschickt. Der Preussener Magistrat teilt in einem an die Stadtverordnetenversammlung gerichteten Schreiben diese Ansicht mit, daß er gegen das Urteil des Preussener Verwaltungsgerichts, das den Rentensprachgenossen Wiewald in Grunde anerkannte, Berufung eingelegt habe. In der Begründung dieser Entschädigung heißt es u. a.: „Wir erkennen nicht, daß das Urteilstück, das dem unglücklichen Opfer des 19. April 1906 vom rein menschlichen Standpunkte aus zweifellos entgegengebracht werden muß, und daß die geehrte Versammlung wenig mit uns teilen wird, daher gesprochen haben wurde, das in den Schlag günstige Urteil rechtschaffen zu lassen. Auf der anderen Seite ist aber zu berücksichtigen, daß die Rechtsfrage, über die der vorliegende Rechtsstreit eine Entscheidung bringen soll, für uns wie für die Stadtgemeinden Preußens überhaupt eine außerordentlich wichtige grundsätzliche Entscheidung hat, die es von größter Wichtigkeit ist, die Entscheidung der höchsten Instanzen herbeizuführen. Dazu kommt, daß das Urteil vom 27. Oktober v. J. in seiner Begründung zu merkwürdigen Widersprüchen reichlichen Wert hat, auf die wir nicht näher eingehen wollen. . . Ganz unabhängig von der weiteren Verfolgung des Rechtsanspruches beobachteten wir die Frage zu behandeln, in welcher Weise für den Schlag in Zukunft gesorgt werden soll. Wir befehlen uns vor, hierüber der Stadtverordnetenversammlung femerhin besondere Vorschläge zu machen, möchten aber schon heute ansprechen, daß wir beabsichtigen haben, die Verfolgung des Falles in einem über ihre armenrechtlichen Verpflichtungen hinausgehendem Umfange in jedem Falle zu übernehmen. Darüber wollen wir bemerken, daß hier in der Stadt gemeint haben, dem Schlag eine feiner gemessene Entschädigung als freundschaftliche Stellung im städtischen Dienste anzubieten, die im Falle seiner Verwahrung für ein hartes Leben einen sehr guten Ersatz hätte.“ Wir wollen doch diese anerkennen, daß der Preussener Magistrat sich bei seinem Entschädigungsentscheidungen, nur von der Erwägung der Kosten leiten lassen, die von den Rentnern begeben, welche nicht ein Ziel, sondern anderen Werten gegenüber verantwortungsvoll sind. Es ist in der Tat nicht erfindlich, warum die Stadt für Arbeiter sorgen soll, die von einem sonstigen politischen Parteiprogramm befreit sind. In der Hinsicht, wie auch der Fall ausfallen mag, auf den Fall entscheidet werden muß, sollten wir für selbstverständlich. Es ist, wenn im Verleib aber sollten wir aus Grund u. die keine Entscheidung bedürfen, den Preussener Magistrat in hartnäckiger Forderung zu nehmen. Zum Schluß aber bei dieser Gelegenheit noch eine

ganz bedächtige Frage. Ist es unserer doch sonst so feindsigen Minimalpolitik noch immer nicht gelungen, den feigen Verbrecher gegen Leib und Leben eines Unschuldigen ausfindig zu machen? In die Unterbindung etwa bereits erreicht worden? Wir wünschen eine recht baldige, eindeutige Antwort.

Die Gewerbetreibendenwahlen in Köln a. Rh. brachten unseren Gewerkschaften einen glänzenden Sieg. Die Verwaltungen auf ihre Seite 16.200 Stimmen, während die „Christlichen“ es nur auf 7000 brachten und die Sozialdemokraten mit 416 Stimmen gänzlich verdrängt wurden. So nach dem Proportionalwahlrecht gewählt wurde, erhalten unsere Gewerkschaften 28 Vertreter, die Christlichen 12 und die Sozialdemokraten keinen. Die Zunahme der Stimmen gegenüber der vorigen Wahl beträgt bei unseren Gewerkschaften 50,9 oder 15 Proz., bei den „Christlichen“ 100,8 oder 27 Proz. Dies im heiligen Main, der Mehrheit der christlichen Gewerkschaften!

Feuerungszusagen. Das kaiserliche Schwarzburg-Sonderhaufen bewilligte allen in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitern einmalige, außerordentliche Feuerungszuschüsse.

Den Achtstundentag errungen haben die Berliner Normenkommissionen.

Eingegangene Schriften und Bücher.

Das persönliche Regiment. Neben und sonstige öffentliche Verordnungen Wilhelm II. Zusammengeheftet von Wilhelm Schroder. München bei Dietl u. Co. 1907. Preis broschiert 1 Mk. Mehr denn je ist in letzter Zeit das öffentliche Leben des deutschen Kaisers in allen Parteilagern kritisiert worden. Tagelänge werden alte und neuere Reden Wilhelm II. in der Presse und in öffentlichen Ansprachen herangezogen und das Resultat es bisher an einem Wert, das alles für den politischen Werteswerte in gedruckter Sprache gesammelt enthält. Diese Lücke soll das vorliegende Buch ausfüllen. Es bringt, nach Materien geordnet, nicht nur die für die Leserschaften beachtenswerten Reden des regierenden deutschen Kaisers, sondern auch aus öffentlichen Verhandlungen und Gelegenheitsansprachen des Monarchen alles Wesentliche, was seit seinem Regierungsantritt bis zur Gegenwart bekannt geworden ist. In 8 Haupt- und 24 Unterkapiteln ist das Verhältnis des Kaisers zu Krim und Marine, zur sozialen Frage, zu den Bundesstaaten und den verschiedenen innerpolitischen Angelegenheiten, zur Kirche, zum Ausland, zu den Parteien und Gewerkschaften usw. aus seinen eigenen Mundgelegenheiten überblickt dargestellt. Ein alphabetisches Register erleichtert das Nachschlagen. Der Verlag hofft, daß das Buch nicht nur den Verfassern, sondern allen am öffentlichen Leben teilnehmenden Personen gute Dienste leisten wird. Der billige Preis von 1 Mk. erleichtert die Anschaffung.

Das Handbuch für sozialdemokratische Wähler ist soeben im Verlage der Buchhandlung Neumann, Neudamm 29, 68, erschienen. Es enthält, und ist durch fünfjährige Parteibuchhandlungen zum Preise von 2 Mk. für das gebundene, 1,50 Mk. für das broschierte Exemplar zu beziehen. Inhalt: Die Stimme und ihr Ausdruck. — Die Wahlpolitik. — Die Reichstagswahlpolitik. — Die Besteuerung des Wahlwerts. — Sozialpolitik und Arbeiterbewegung. — Wählerwerbungsarbeiten. — Landarbeiter. — Parteiprogramm. — Handbuchsätze. Die Parteien des Reichstags. — Das Reichstagswahlrecht. — Wink für die Agitation.

Briefkasten.

Rhenus. Werde Dir nach Möglichkeit die Arbeit erleichtern und Deinem Bunde nachzukommen suchen. Ganz ohne aufstrebendes Material in dieser Beziehung kommen wir aber auch nicht aus. Dem Hinweise war jedenfalls ganz angebracht. Ad. W. G. D. W. M. A. L. S. u. b. e. Wie wollen erst mal die weiteren „Goldentage“ des 2 abwarten. Durch die lokale Kritik erweist die Weisheit einwärtigen genügend gekennzeichnet. Der Artikel ist also zurückgestellt. Grun. G. T.

Totenliste des Verbandes.

Josef Stumpf, Mainz
† 1. Januar 1907 im Alter von 51 Jahren.

Hermann Säwert, Berlin
† 7. Januar 1907 im Alter von 29 Jahren.

Heinrich Karson, Kiel
† 7. Januar 1907 im Alter von 26 Jahren.
Chre ihrem Andenken!